

# Wolfgang Maier **Parlaments- und Präsidentschafts- wahlen in Namibia im November 2004**

Seit seiner Unabhängigkeit wird Namibia von der sozialdemokratisch orientierten South West African People's Organisation (SWAPO) regiert, der auch Ex-Präsident Nujoma angehört. Bedeutungslos sind dagegen die Oppositionsparteien, etwa die gemäßigt konservativ ausgerichtete Demokratische Turnhalle Allianz (DTA), die aus dieser hervorgegangene Republikanische Partei (RP), die National Unity Democratic Organization (NUDO), der Congress of Democrats (CoD) sowie die ethnisch orientierte United Democratic Front (UDF). Fehlendes Profil sowie ein Mangel an herausragenden Persönlichkeiten auf Seiten der Opposition haben mit zur Farblosigkeit des Wahlkampfes beigetragen, der den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 15. und 16. November des Jahres vorausging, bei denen die SWAPO erwartungsgemäß den Sieg davontrug. Auch nach den Wahlen ist mit einer effizienten Oppositionsarbeit in Namibia kaum zu rechnen, der Trend in Richtung Einparteiensystem setzt sich vielmehr fort. Interessant bleibt die Frage nach dem Fortgang der Landreform. Kurz nach seiner Wahl ließ der neue Präsident Pohamba wissen, er wolle ein Präsident der Kontinuität sein und ausländische Investoren seien im Lande willkommen. Hoffen lässt dies vor allem, dass Namibia kein zweites Zimbabwe wird und bei der Lösung der Landfrage nicht, wie dort, die Gewalt regiert, sondern das Gesetz.

## ■ Executive Summary

Ever since it became independent, Namibia has been governed by the South West African People's Organisation (SWAPO), a centrist party founded in 1961 which increasingly shows social-democratic traits. One of SWAPO's members is President Nujoma, who will very likely retain his influence on the party after his retirement from office.

Founded in 1977, the Democratic Turnhalle Alliance (DTA) is committed to the principles inherent in the rule of law, human rights, and social market economy. In 1989, it won 21 of 72 seats in parliament before it went into a decline that was caused in part by the lack of outstanding personages in its leadership. The Republican Party (RP), a founding member of the DTA, made itself independent in 2003. The same year witnessed the birth of the National Unity Democratic Organization (NUDO). The Congress of Democrats (CoD), a party without a vision that belongs to the Socialist International, was formed by former SWAPO members. Most of the electoral base of the United Democratic Front (UDF) is located in the Erongo and Kunene regions. There are other parties which, although registered, hardly have any role to play in Namibia's political life.

The recent parliamentary and presidential election campaign in Namibia was insipid and devoid of tension. Posters remained absent from the capital as late

as two weeks before the 15<sup>th</sup> and 16<sup>th</sup> November, the date set for the election, nor had the masses been mobilised to any extent worth mentioning. The only party to appear in the newspapers, the radio, and on TV was the ruling SWAPO, while the opposition parties appeared to have thrown in the towel even before the elections actually took place. Given these circumstances, it is quite amazing that the turnout ultimately exceeded 80 percent.

On the election date itself, the process was free, fair, and peaceful. The only thing to find fault with was the fact that the counting of the votes took a long time, which the Electoral Commission countered by pointing out that it had been striving not for speed but for accuracy.

Once again, the ruling SWAPO party could claim an overwhelming victory, continuing the trend towards a democratically-legitimised one-party rule. The governing party regards the result as a public endorsement of its claim to be the only party symbolising the liberation, all the other parties being either traitors or collaborators of the old regime. The opposition, in turn, appears more fragmented than ever: The DTA as well as the NUDO and the RP have now moved to the fringes of insignificance, and even the CoD, which had started out with such high hopes, suffered further losses, obtaining no more than 7.3 percent of the vote.

The election of the new head of state took a similarly unspectacular course: Hifikepunye Pohamba, candidate of the SWAPO and favourite of ex-President Nujoma, won 76.4 percent of the vote.

How to interpret these results? One thing is certain: There is now no effective parliamentary opposition in Namibia to speak of. Consequently, parliament has virtually lost its controlling function.

An interesting question concerns the impact of the elections on the process of land reform. Any scenario involving the illegal seizure of land by brute force, as in Zimbabwe, may be safely left out of consideration. After all, President Pohamba made it known right after the elections that his watchword would be continuity, and that foreign investors were welcome in his country. He is very likely aware of the fact that these statements are irreconcilable with the kind of chaos that now reigns in Zimbabwe.

## ■ Die Parteien Namibias

Die 1961 als Befreiungsbewegung unter dem Namen South West African People's Organisation gegründete „SWAPO Party“ (so nennt sie sich offiziell seit 1997) regiert das Land seit der Unabhängigkeit, ab 1994 sogar mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit.

Die SWAPO hat sich in den letzten Jahren zu einer sozial-demokratischen Partei gemausert, die zur gesellschaftlichen Mitte hin tendiert und deren Führer als Regierungsmitglieder eine pragmatische und weitgehend ideologiefreie Politik betreiben. Dies gilt trotz gelegentlicher kämpferischer Töne, die in erster Linie aus den Reihen der parteinahen Gewerkschaften und der Jugendorganisationen, bisweilen auch aus dem Mund des Staatspräsidenten kommen.

Der Staatspräsident, Sam Nujoma, übt das Amt seit der Unabhängigkeit aus. Er ist im Land weithin anerkannt, und weitere Anerkennung hat ihm sein Entschluss eingebracht, nicht mehr für eine vierte Amtsperiode zu kandidieren. Dies hätte die Verfassung auch gar nicht zugelassen, doch verfügt die SWAPO immerhin über eine verfassungsändernde Mehrheit im Parlament. Allerdings wird Nujoma noch für mindestens zwei Jahre Parteivorsitzender bleiben, was ihm einen nicht unbeachtlichen Einfluss sichern wird.

Auch wenn es einige Anlässe zur Kritik, etwa im Hinblick auf die Behandlung der vermeintlichen Caprivi-Separatisten gibt, so stimmen die meisten Kritiker doch darin überein, dass Namibia im Grossen und Ganzen als ein positives Beispiel für den Transitionsprozess gelten kann.

Ohne Zweifel wäre die demokratische Bilanz der vergangenen 14 Jahre aber noch besser, wenn es eine ernst zu nehmende Opposition in Namibia gegeben hätte. Diesen Mangel wird man aber schwerlich der SWAPO anlasten können.

Die Demokratische Turnhalle Allianz (DTA) gründete sich im November 1977 als Reaktion auf die Forderung der südafrikanischen National Party, einzelne Elemente der Apartheidgesetzgebung in einer geplanten Verfassung für Namibia beizubehalten. An den vom südafrikanischen Generaladministrator proklamierten ersten Wahlen für eine neue Konstitution (1980) nahm die DTA aber teil, und ab 1985 schloss

■ Auch wenn es einige Anlässe zur Kritik, etwa im Hinblick auf die Behandlung der vermeintlichen Caprivi-Separatisten gibt, so stimmen die meisten Kritiker doch darin überein, dass Namibia im Grossen und Ganzen als ein positives Beispiel für den Transitionsprozess gelten kann.

sie sich einer von Südafrika geförderten Übergangsregierung (*Transitional Government*) an.

Die programmatischen Grundzüge der sich aus zehn Parteien zusammensetzenden DTA waren auf Rechtsstaatlichkeit, auf die Beachtung der Menschenrechte sowie auf die Einführung einer Sozialen Marktwirtschaft hin ausgerichtet.

An den ersten freien und international anerkannten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 1989 nahm die DTA teil und gewann immerhin 21 der 72 Sitze. Von da ab ging es mit der DTA bergab: Bei den Wahlen von 1994 erhielt sie noch 15 und in den Wahlen von 1999 gerade sieben Sitze.

Für das schwache Erscheinungsbild der DTA werden verschiedene Ursachen verantwortlich gemacht. Sie ist sehr heterogen zusammengesetzt, ihr fehlen herausragende Persönlichkeiten, sie ist durch die frühere Teilnahme an der südafrikanisch dominierten Übergangsregierung historisch belastet, und ihre finanzielle Basis ist schwach.

Als ob das alles nicht schon reichen würde, kündigte Mitte 2003 die Republikanische Partei (RP) ihre Mitgliedschaft in der DTA auf und beantragte bei der Wahlkommission die Eintragung als eigenständige Partei. Die RP war ein Gründungsmitglied der DTA und hatte ihre Unterstützung vorwiegend unter den wohlhabenderen – weißen – Schichten der Bevölkerung. Dem Initiator des Austritts, dem Sohn des ehemaligen DTA-Vorsitzenden Dirk Mudge, Henk Mudge, folgte aber offenbar nur ein Teil der RP-Anhänger. Die Verbliebenen schlossen sich innerhalb der DTA zu einer Allianz für Demokratischen Wandel (ADC) zusammen.

Die eigentliche Herausforderung für die DTA war die Abspaltung der RP aber noch nicht. Diese kam im September 2003 mit der Ankündigung des Paramount Chiefs der Herero (Kuaima Riruako), dass er die NUDO (National Unity Democratic Organization) aus der DTA führen und sie wieder als eigenständige Partei registrieren lassen werde. Als Bekräftigung der Ernsthaftigkeit seines Vorhabens legte er gleichzeitig sein Mandat als Abgeordneter nieder.

Über die Hintergründe, die zu Riruakos Entscheidung führten, gibt es unterschiedliche Ansichten. Er selbst behauptete, dass es einen Versuch der DTA gegeben habe, die NUDO zu vereinnahmen. Diese

sei aber eine eigene Partei mit Ansichten, die durchaus nicht in allen Punkten mit denen der DTA übereinstimmen. Er habe die NUDO daher wieder als eigene Partei beim Wahldirektorat registrieren lassen müssen, was am 5. Dezember 2003 dann auch tatsächlich geschehen ist. Andere Quellen behaupten, dass es einen Versuch der SWAPO gegeben habe, Riruako zu diesem Schritt zu bewegen, möglicherweise in Verbindung mit dem Versprechen, seine neue Partei in einer zukünftigen Koalition zu berücksichtigen.

Die Führung der DTA hat diese Entwicklungen entweder unterschätzt oder verschlafen oder beides.

Der Congress of Democrats (CoD) ist eine Partei, die aus einer Abspaltung von der SWAPO entstand. Diese Partei bestand ursprünglich aus SWAPO Parteimitgliedern, die aus Verärgerung über die eigenwillige Interpretation der Verfassung im Zusammenhang mit der Ermöglichung einer 3. Amtsperiode für den Staatspräsidenten Nujoma die Partei verließen und den Congress gründeten.

Die Gründung des Congress of Democrats und dessen Teilnahme an der Wahl von 1999 ging fast ausschließlich zu Lasten der DTA. Vor allem jüngere, urbane und besser ausgebildete Namibier empfanden den CoD als eine gute Alternative zu den beiden anderen Parteien.

Allerdings konnte der CoD den in ihn gesetzten großen Hoffnungen nicht annähernd gerecht werden. Weder schaffte es der früher auch in der SWAPO angesehene Vorsitzende des CoD, Ben Ulenga, der Partei eine mitreißende Vision zu geben, noch war er bei der Stimmenbeschaffung im Norden des Landes, wo er selbst herkommt, erfolgreich. Dazu mag auch die aggressive Ablehnung des CoD durch die SWAPO beigetragen haben, die sich nicht scheut, die führenden Persönlichkeiten des CoD als Verräter zu bezeichnen, und die selbst vor persönlichen Verunglimpfungen nicht zurückschreckt.

Bemerkenswert ist jedoch, dass der CoD auf außenpolitischem Gebiet einen Erfolg einheimen konnte: Seit 1999 ist der CoD Mitglied der Sozialistischen Internationale. Dafür kann die Partei mit Unterstützung aus dem befreundeten Lager rechnen, was ihr bei den aktuellen Wahlen aber wenig geholfen zu haben scheint.

Die UDF (United Democratic Front) ist eine in erster Linie regionale und ethnisch verwurzelte Par-

tei, die seit Jahren eine kleine, aber relative stabile Basis unter den Damara in der Erongo- und Kunene-region hat. Die Partei hat sich gelegentlich an die DTA angenähert und ist mit ihr zusammen auch eine parlamentarische Koalition eingegangen, ohne der DTA jedoch beizutreten.

Neben den hier genannten gibt es einige weitere Parteien, die jedoch weder im Wahlkampf noch bei den Wahlen eine Rolle spielten. Sie werden an dieser Stelle nicht berücksichtigt:

- WRP: Worker's Revolutionary Party (ultra-links)
- SWANU: South West Africa National Union (links)
- MAG: Monitor Action Group (rechtsausen)
- NDMC: Namibia Democratic Movement for Change

In Namibia gibt es eine staatliche Parteienfinanzierung. Die Parteien erhalten je nach Zahl der Wähler einen festen Betrag (erstmalig 1997 jeweils N\$ 16,50 je Wählerstimme, ca. Euro 2,-). Es gibt auch ein Regelwerk, wie und wofür diese Einnahmen zu verwenden und wie die Parteifinzen zu prüfen sind. Allerdings hat seit 1997 noch keine Partei ihre Finanzierungsdetails offen gelegt. Parteien dürfen Spenden, auch ausländische, entgegennehmen, allerdings muss „dies in angemessener Frist“ veröffentlicht werden. So ist bekannt, dass die SWAPO etwa 30000 US-Dollar von der KP Chinas erhalten hat; die Westminster Foundation unterstützt den CoD; die DTA und die RP haben eine (sehr viel geringere) Unterstützung aus Südafrika für kommunale Wahlkämpfe erhalten.

Es ist aber eine Tatsache, dass mit Ausnahme der SWAPO alle Parteien bettelarm sind.

### ■ Der Wahlkampf

In einer Medienanalyse kommen das Media Institute of Southern Africa (MISA) und das Institute for Public Policy Research (IPPR) zu dem Ergebnis, dass es sich noch vier Wochen vor der Wahl in medialer Hinsicht um ein „Non-Event“ gehandelt habe, zwei Wochen vor den Wahlen waren immer noch kaum Wahlplakate in der Hauptstadt zu sehen, die Präsidentschaftskandidaten der Parteien schienen sich nicht an einem politischen Wettbewerb zu beteiligen.

■ In Namibia gibt es eine staatliche Parteienfinanzierung. Die Parteien erhalten je nach Zahl der Wähler einen festen Betrag. Es gibt auch ein Regelwerk, wie und wofür diese Einnahmen zu verwenden und wie die Parteifinzen zu prüfen sind. Allerdings hat seit 1997 noch keine Partei ihre Finanzierungsdetails offen gelegt.

Immerhin gab es einige Wahlveranstaltungen in der Provinz, bei denen die Parteien insbesondere ihre eigene Klientel ansprachen. Von einer breiten Mobilisierung der „Massen“ konnte aber keine Rede sein. Schon aus organisatorischen Gründen war außer der SWAPO keine Partei in der Lage, Wähler auf breiter Front zu aktivieren.

Auch in Bezug auf die Präsenz der Präsidentschaftskandidaten in den Medien zogen die beiden SWAPO-Persönlichkeiten Nujoma und Pohamba (alter und neuer Staatspräsident) mit 2454 Pressemeldungen den Mitbewerbern sehr schnell davon, der Kandidat der CoD (Ulenga) kam auf 133 und der Kandidat der DTA (Kaura) auf ganze 83 Meldungen.

Während die regierende SWAPO in der Druckpresse einigermaßen präsent war (2767 Statements), kam die CoD auf 828 und die DTA gerade auf 394. Beachtlich ist dabei, dass selbst in der regierungseigenen New Era alle Parteien eine gleiche Chance hatten, sich zu platzieren. Von einer medialen Benachteiligung der Opposition in der Druckpresse kann damit keine Rede sein.

In den staatlichen Rundfunk- und Fernsehmedien (Namibia Broadcasting Corporation, NBC) war die SWAPO gegenüber den anderen Parteien ebenfalls dominant, was angesichts der konkurrenzlosen Stärke der Partei im Verhältnis zur zersplitterten Opposition kein Wunder ist. Der Verdacht, dass die Regierungspartei in Funk und Fernsehen bevorzugt worden ist, wurde von der Opposition verschiedentlich erhoben, auszuschließen ist das freilich nicht. Schließlich untersteht das namibische Rundfunk- und Fernsehwesen direkt dem Minister of Information and Broadcasting.

Allem Anschein nach haben sich die Oppositionsparteien aber schon vor den Wahlen selbst aufgegeben. Weitgehend profillos, mittellos, einflusslos und programmatisch ratlos ist das fast schon verständlich.

Während die Wahlbeteiligung bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung noch bei fast 100 Prozent lag, sank sie in den darauf folgenden Wahlen (1994) auf unter 80 Prozent und auf knapp über 60 Prozent (1999).

An dem aktuellen Wahlgang nahmen nach Angaben der Wahlkommission wieder über 80 Prozent der

■ An dem aktuellen Wahlgang nahmen nach Angaben der Wahlkommission wieder über 80 Prozent der registrierten Wähler teil, was dem rückläufigen Trend widerspricht. Angesichts des ziemlich ereignislosen Wahlkampfes ist dies durchaus überraschend.

registrierten Wähler teil, was dem rückläufigen Trend widerspricht. Angesichts des ziemlich ereignislosen Wahlkampfes ist dies durchaus überraschend.

### ■ Die Wahlergebnisse

Am 15. und 16. November fanden schließlich die Wahlen statt, die diesem insgesamt eher langweiligen Wahlkampf folgten.

Die Wahl selbst ist nach frühzeitiger Einschätzung internationaler Beobachter frei und fair verlaufen, friedlich und ohne Exzesse. Es habe keine Einschüchterungen gegeben, der Wahlverlauf sei damit prinzipiell nicht zu beanstanden.

Einzelne Kritikpunkte (Abwaschbarkeit der Farbmarkierung, was die Möglichkeit zur Zweitwahl eröffnet hätte, oder die Nichtvernetzung der Wahlcomputer) mögen zwar berechtigt sein, haben aber keinen wahlentscheidenden Einfluss gehabt.

Bedenklicher waren dann aber die unerklärten Verzögerungen bei der Auszählung der Stimmen. Selbst drei Tage nach der Wahl waren nur punktuelle Ergebnisse bekannt, was bei den großteils sehr kleinen Wahlbezirken mit wenigen tausend Wählern dann doch sehr überraschte – bei früheren Wahlen lagen die ersten Ergebnisse sehr viel früher vor. Vier Tage nach der Wahl waren zwar immer noch nicht alle Wahlkreise ausgezählt und abgeglichen, doch ließ sich wenigstens das voraussichtliche Endergebnis absehen.

Auf Vorhaltungen in der Presse reagierte die Wahlkommission mit Unverständnis – man lege eben größeren Wert auf Genauigkeit als auf Schnelligkeit. Dass dadurch der Verdacht auf Manipulationen genährt werden würde, wurde entweder in Kauf genommen oder einfach nicht gesehen.

Beweise für gezielte Manipulationen gibt es bisher nicht, die Ursache für die Verzögerungen scheint eher ein schlecht organisiertes Auszählungsverfahren und mangelnde Qualifikation der Zähler gewesen zu sein. Außerdem muss ein Wähler nicht in dem Wahlkreis wählen, in dem er registriert ist. Da die Wahlcomputer in den einzelnen Wahlkreisen aber nicht miteinander vernetzt waren, waren zeitraubende Abgleichungen notwendig.

Es kann nicht verwundern, dass schließlich auch die Oppositionsparteien aufwachten und sich

■ Die Wahl selbst ist nach frühzeitiger Einschätzung internationaler Beobachter frei und fair verlaufen, friedlich und ohne Exzesse. Es habe keine Einschüchterungen gegeben, der Wahlverlauf sei damit prinzipiell nicht zu beanstanden.



kritisch äußerten (der Generalsekretär des CoD: „We are starting to suspect that they are cooking the results.“, der Generalsekretär der DTA: „We are worried.“ und die Generalsekretärin der RP: „The party just doesn't have trust in the system anymore.“).

Während der CoD die Forderung erhob, die Wahlergebnisse noch einmal überprüfen zu lassen und sich dabei durch die Nationale Gesellschaft für Menschenrechte unterstützt sah, die sich schließlich ebenfalls sehr zurückhaltend äußerte, erklärte der Vorsitzende der DTA die Wahlen dann doch für „free and fair“.

Alles andere als ein überragender Wahlsieg der Regierungspartei SWAPO wäre aber eine riesengroße Überraschung gewesen. Der sich seit Jahren abzeichnende Trend zum demokratisch legitimierten Einparteiensstaat setzte sich erwartungsgemäß fort:

**■ Übersicht: Wahlergebnisse der Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit**

Wahljahr	SWAPO	DTA	UDF	CoD	NUDO <sup>1)</sup>	RP <sup>2)</sup>	Sonstige
	SWAPO Party	Democratic Turnhalle Alliance	United Democratic Front	Congress of Democrats	National Unity Democratic Organization	Republican Party	
1989	57,30	28,60	5,60	–	–	–	8,50
1994	72,70	20,40	2,70	–	–	–	4,20
1999	76,10	9,50	2,90	10,00	–	–	1,50
2004	76,06	5,12	3,61	7,31	4,16	1,96	1,78

1) Die NUDO trat Ende 2003 aus der DTA aus (s.o.).

2) Die RP trat Mitte 2003 aus der DTA aus (s.o.).

Anmerkung: Die Angaben für 2004 sind vorläufig, Quelle NEW ERA vom 22.11.2004.

Dies führt zu folgender Sitzverteilung:

**■ Übersicht: Verteilung der 72 Sitze im Parlament**

Wahljahr	SWAPO	DTA	UDF	CoD	NUDO	RP	Sonstige
	SWAPO Party	Democratic Turnhalle Alliance	United Democratic Front	Congress of Democrats	National Unity Democratic Organization	Republican Party	
1989	41	21	4	–	–	–	6
1994	53	15	2	–	–	–	2
1999	55	7	2	7	–	–	1
2004	55	4	3	5	3	1	1

Damit kann die SWAPO völlig unangefochten weiterregieren. Sie verfügt weiterhin über eine komfortable Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, im Gegenüber der vorangegangenen Legislaturperiode ändert sich die Zahl ihrer Sitze nicht.

Die innerparteilichen Querelen um die Nachfolge des Staatspräsidenten sind ohne Auswirkungen auf das Wahlergebnis geblieben. Der ehemalige Außenminister Hidipo Hamutenya, der als der eigentliche innerparteiliche Herausforderer von Staatspräsident Nujoma galt, wurde wenige Monate vor der Wahl seines Amtes enthoben und zieht nun nicht einmal mehr ins Parlament ein. Dem Machtkampf fielen auch die Unterstützer Hamutenyas, unter denen sich einige große Namen der SWAPO befinden, zum Opfer.

Eine erwartete Wählerwanderung von der SWAPO zur CoD ist ausgeblieben; es gelang der Partei, die Reihen wieder zu schließen. Der große alte Mann, der charismatische Landesvater Sam Nujoma, der bis 2007, wie gesagt, noch als Parteivorsitzender amtiert wird, hat sich wieder einmal durchgesetzt.

Die Rechnung der SWAPO ist damit aufgegangen: Sie ist die alleinige Partei der Befreiung, alle anderen Parteien sind entweder Verräter (CoD) oder Kollaborateure des alten Regimes (DTA) oder sie stehen in Verbindung mit „imperialistisch-kolonialistischen Kreisen“. Eine einfache Formel, aber durchaus wirkungsvoll.

Die Opposition ist noch zersplitterter als je zuvor, eine wirksame parlamentarische Kontrolle der Regierungsarbeit ist demzufolge auch in Zukunft nicht möglich.

Der Niedergang der DTA (Demokratische Turnhalle Allianz) zeichnete sich schon seit langem ab. Sie stürzte von einer nach der Unabhängigkeit immerhin respektablen Oppositionspartei mit 28 Prozent zu einer Partei mit einem Stimmenanteil von rund fünf Prozent ab. Für diese Partei wird entscheidend sein, ob sie sich kurz- bis mittelfristig in eine Koalition retten oder in eine neue politische Formation einbringen kann. Wenn ihr das nicht gelingt, wird sie in Zukunft keine nennenswerte Rolle mehr spielen. Vielleicht sollte sie auch einmal über ihren Namen nachdenken, der bei vielen Wählern noch Erinnerungen an alte und nicht unbedingt bessere Zeiten weckt. Allerdings hat sie offenbar immer noch einen festen Kern von

■ Die SWAPO kann völlig unangefochten weiterregieren. Sie verfügt weiterhin über eine komfortable Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, im Gegenüber der vorangegangenen Legislaturperiode ändert sich die Zahl ihrer Sitze nicht.

Stammwählern, der völlige Absturz in die Bedeutungslosigkeit konnte gerade noch einmal verhindert werden.

Die aus der DTA hervorgegangene NUDO konnte auf Anhieb einen Teil der Stimmen von der DTA, vor allem von den Herero, zu sich herüberziehen. Im Parlament wird sie keine besondere Rolle spielen. Einen politischen Anspruch auf nationaler Ebene kann eine auf begrenzter ethnischer Grundlage basierende Partei nicht erheben.

Für die RP gilt dasselbe wie für die NUDO, außer dass sie ihre Wählerschaft hauptsächlich in der weißen Bevölkerung findet. Sowohl NUDO als auch RP haben mit der Absplitterung von der DTA ihre ethnische Unschuld verloren. Sie sind damit wieder Interessengruppen ihrer jeweiligen zahlenmäßig eng begrenzten Klientel.

Wenn man die Einzelergebnisse der DTA und der ihr früher angehörenden Parteien NUDO und RP zusammenrechnet, so wäre die alte DTA auf immerhin gut elf Prozent der Stimmen gekommen und wäre jetzt mit Abstand die zweitstärkste Partei im Parlament. Fraglich ist aber, ob sie es auch als einige DTA geschafft hätte, auf diesen Stimmenanteil zu kommen. Wahrscheinlich führte die stärkere Fokussierung auf die jeweiligen ethnisch definierten Wählergruppen zu einem höheren Mobilisierungsgrad. Auch wenn Ethnizität in einem Land wie Namibia immer noch eine große Rolle spielt, so bleibt doch höchst fraglich, ob dies ein tragfähiges Zukunftsmodell sein kann.

Der mit großen Hoffnungen gestartete CoD (Congress of Democrats) konnte den hochgesteckten Erwartungen nicht gerecht werden. Er hat wieder Stimmanteile verloren und kam nur noch auf 7,3 Prozent. Die dem CoD von der DTA unterbreiteten Vorschläge zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit von Oppositionsparteien hat der Congress einige Monate vor der Wahl abgelehnt, wohl in der Annahme, man könne auch alleine die von den Querelen in der SWAPO vermeintlich enttäuschten Wähler zu sich herüberziehen. Dies war eine folgenschwere Fehleinschätzung.

Wie die Parlamentswahl, so verlief auch die Wahl des neuen Staatsoberhauptes erwartungsgemäß. Hifikepunye Pohamba, der Kandidat der SWAPO und des Staatspräsidenten Nujoma, konnte sich 76,4 Pro-

■ **Wie die Parlamentswahl, so verlief auch die Wahl des neuen Staatsoberhauptes erwartungsgemäß. Hifikepunye Pohamba, der Kandidat der SWAPO und des Staatspräsidenten Nujoma, konnte sich 76,4 Prozent der abgegebenen Stimmen sichern und liegt mit großem Abstand vor Ben Ulenga, dem Kandidaten des CoD (7,3 Prozent), und vor Katuutire Kaura, dem Präsidentschaftskandidaten der DTA (5,1 Prozent).**

zent der abgegebenen Stimmen sichern und liegt mit großem Abstand vor Ben Ulenga, dem Kandidaten des CoD (7,3 Prozent), und vor Katuutire Kaura, dem Präsidentschaftskandidaten der DTA (5,1 Prozent).

## ■ Ausblick

Wie sind die Ergebnisse dieser Wahlen vor dem Hintergrund der anstehenden Probleme des Landes zu interpretieren?

Diese Frage kann einmal im Kontext der aktuellen Probleme (Landreform, Verringerung der Armut und sozialer Ausgleich, Schaffung von Arbeitsplätzen, HIV/AIDS-Problematik), zum anderen vor dem eher allgemeineren Hintergrund der Gefahr zunehmender Machttrunkenheit der Regierungspartei analysiert werden.

Um mit Letzterem anzufangen: Schon in den vergangenen Jahren hatte sich abgezeichnet, dass die SWAPO die Oppositionsparteien nicht mehr wirklich ernst nahm. Eine wirkungsvolle parlamentarische Opposition war auch tatsächlich nicht vorhanden, einzelne Anträge der Opposition wurden bestenfalls noch mit Desinteresse, bisweilen sogar mit Hohn und Spott quittiert.

Daran wird sich nach diesem Wahlausgang wenig ändern – es sei denn, die Opposition würde sich neu gruppieren. Eine Allianz der ehemaligen DTA-Parteien und der CoD sowie der UDF könnte immerhin 22 Prozent der Wähler vereinen. Damit ist die Frage eines zündenden und einigenden Programms natürlich noch nicht beantwortet, genauso wenig wie die Frage nach der Besetzung von Positionen mit Führungspersönlichkeiten. Beide Fragen können im Moment noch nicht einmal andeutungsweise beantwortet werden.

Damit wird das namibische Parlament auch weiter keinerlei Kontrollfunktionen wahrnehmen – es besteht zu 76 Prozent aus Mitgliedern der Regierungspartei, von denen wiederum die Hälfte der Regierung direkt als Minister, Deputy Minister und Staatssekretäre angehören.

Interessanter und aktueller ist die Frage, wie sich das Wahlergebnis auf einzelne Problemfelder auswirken wird, etwa auf die weitere Durchführung der Landreform.

■ Auch weiterhin wird das namibische Parlament keinerlei Kontrollfunktionen wahrnehmen – es besteht zu 76 Prozent aus Mitgliedern der Regierungspartei, von denen wiederum die Hälfte der Regierung direkt als Minister, Deputy Minister und Staatssekretäre angehören.

Gerade dieses Thema war vor den Wahlen aufgegriffen worden, zunächst von der SWAPO, die ihrem Präsidentschaftskandidaten Pohamba (dem Minister of Lands and Resettlement) damit öffentlichkeitswirksam unter die Arme greifen wollte. Pohamba hatte wenige Woche vor der Wahl 26 „Enteignungsbriefe“ an kommerzielle (weiße) Farmer geschrieben, in denen er ihnen das Interesse des Staates an einer Enteignung mitteilte. Die einigermaßen aufgeregte Reaktion, nicht zuletzt auch in der deutschen Presse, dürfte den Initiatoren gelegen gekommen sein. War dies doch der Beweis dafür, dass man keinesfalls zahnlos war („SWAPO: Die tun was ...“).

Die Nagelprobe kommt freilich erst nach der Wahl. Es gibt eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder die SWAPO erhöht die Schlagzahl im Rahmen einer verfassungskonformen Landreform unter Einbeziehung von Enteignungen, oder sie fährt gemächlich fort wie bisher, vielleicht mit stärkerer Einbindung von Geberländern, aber ohne revolutionären Elan.

Eine dritte Möglichkeit, die Landnahme auf brachial-ungesetzliche Weise wie in Zimbabwe zu verfolgen, kann mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden. Dafür gibt es keinen Grund und bislang auch keinerlei Indizien.

Der neue Staatspräsident Pohamba hat jedenfalls vor und nach der Wahl jeden Anschein vermieden, der Anlass zu der Befürchtung geben könnte, dass sich in Namibia zimbabwische Verhältnisse einstellen könnten.

Sofort nach der Wahl verkündete er, dass er ein Kandidat der Kontinuität sei, und lud ausländische Investoren ein, in Namibia zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Dass sich damit chaotische Zustände wie in Zimbabwe nicht vertragen, dürfte ihm durchaus bekannt sein.

Pohamba, geboren im Jahr 1935, ist angesichts seines Alters der Kandidat für *eine* Amtsperiode. Er hat eine enge Beziehung zu dem Anfang 2005 aus dem Amt scheidenden Staatspräsidenten Nujoma, der als Vorsitzender der Partei einen Teil seiner Macht behalten wird.

■ Der neue Staatspräsident Pohamba hat vor und nach der Wahl jeden Anschein vermieden, der Anlass zu der Befürchtung geben könnte, dass sich in Namibia zimbabwische Verhältnisse einstellen könnten.